

Borchardt, Wolfgang

Article — Digitized Version

Wirtschaftsbeziehungen im Entspannungsprozess

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Borchardt, Wolfgang (1977) : Wirtschaftsbeziehungen im Entspannungsprozess, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 6, pp. 308-312

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135083>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wirtschaftsbeziehungen im Entspannungsprozeß

Wolfgang Borchardt, Hamburg

In diesem Monat beginnt die KSZE-Nachfolgekonferenz in Belgrad. Durch die Menschenrechtsdiskussion gerieten die Probleme in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen West- und Osteuropa etwas in den Hintergrund des öffentlichen Interesses. Ihnen kommt aber für die Entspannungspolitik eine grundlegende Bedeutung zu, da vom ökonomischen Bereich noch am ehesten positive Anstöße zu ihrer Stabilisierung zu erwarten sind. Welche Probleme müssen in Belgrad diskutiert werden? Welche Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung bieten sich an?

Entgegen weit verbreiteten Erwartungen hat die „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“, die am 1. August 1975 in Helsinki zu Ende ging, eine starke Resonanz in der politischen Öffentlichkeit der beteiligten Länder gefunden. Die in der Schlußakte¹⁾ der Konferenz formulierten Überzeugungen, Absichten und Beschlüsse bieten außen- wie innenpolitisch breite Diskussionsfelder. Der „Geist von Helsinki“ wird in der Auseinandersetzung um sicherheitspolitische Fragen ebenso beschworen wie in Überlegungen zum Ausbau der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen und in Kampagnen zur Realisierung der Menschenrechte in Ost und West.

So ist es verständlich, daß die bevorstehende Belgrader Nachfolgekonferenz der KSZE, die am 15. Juni auf Expertenebene begonnen hat, schon im Stadium ihrer Vorbereitung zum Gegenstand heftiger Kontroversen wurde. Bereits an der Aufgabenstellung für die Konferenz entzündeten sich die Auseinandersetzungen. In der Schlußakte von Helsinki ist die Aufgabenstellung der Nachfolgekonferenz benannt worden. Demnach sollen die Vertreter der Signatarstaaten in Belgrad sprechen „sowohl über die Durchführung der Bestimmungen der Schlußakte und die Ausführung der von der Konferenz definierten Aufgaben als auch, im Zusammenhang mit den von ihr behandelten Fragen, über die Vertiefung ihrer gegenseitigen Beziehungen, die Verbesserung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa und die Entwicklung des Entspannungsprozesses in der Zukunft“²⁾. Das heißt, die Belgrader Konferenz ist weder, wie einige westliche Stimmen meinen, eine bloße Überprüfungs-konferenz, noch

ist sie, wie es oft von östlicher Seite propagiert wird, primär zur Verabschiedung neuer Schritte im Entspannungsprozeß geplant worden. Vielmehr sind beide Aspekte gleichberechtigt zu verfolgen.

Stellenwert der Konferenz

Um eine angemessene Würdigung der Folgewirkungen der KSZE vornehmen zu können, ist es erforderlich, sich den Stellenwert der Konferenz von Helsinki im Prozeß der politischen Entspannung zwischen Ost und West deutlich zu machen. Die KSZE ist in diesem Rahmen nicht zu verstehen als Ausgangspunkt zu einer grundlegenden Neugestaltung der Ost-West-Beziehungen oder als Initialzündung zum Abbau der Systemgrenzen in Europa. In ihr ist vielmehr eine Tendenz festgeschrieben worden, die schon seit Mitte der sechziger Jahre deutlich spürbar gewesen ist, die Tendenz zur Eindämmung und schrittweisen Überwindung der Spannungen zwischen den antagonistischen Systemen in West und Ost.

Betrachtet man die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg, so wird die Notwendigkeit und Bedeutung der Entspannungspolitik für West und Ost unübersehbar. Die Anti-Hitler-Koalition zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion bot nur scheinbar die Möglichkeit, nach dem Zusammenbruch der faschistischen Regime in Europa eine neue, friedliche Form der Beziehungen zwischen den gegensätzlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen in Europa zu entwickeln. Weder die sehr begrenzte Zielsetzung der Koalition noch ihre sozio-ökonomische und politische Struktur boten die Voraussetzung zur Verwirklichung eines „Konzepts der friedlichen Kooperation“³⁾. Im Gegenteil, schon bald wurde die Absicht der Füh-

Wolfgang Borchardt, 27, Dipl.-Politologe, ist Referent in der Abteilung Wirtschaftsordnung und Wirtschaftssysteme des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

1) Abgedruckt z. B. in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 102, vom 15. 8. 1975, S. 965–1000.

2) Ebenda, S. 1000.

3) Werner Link: Das Konzept der friedlichen Kooperation und der Beginn des Kalten Krieges, Düsseldorf 1971.

rungsmächte beider Systeme deutlich, dem Aufbau eines Blocks gemäß den eigenen ökonomischen und politischen Werthaltungen und Zielen Vorrang zu geben. Das Ergebnis dieser Festschreibung der prinzipiellen Unterschiede zwischen den Systemen bestand in einer konfliktträchtigen Gegenüberstellung zweier, in sich politisch weitgehend homogener Staatengruppen. Die Führungsmächte beider Systeme waren um die Herstellung einer größtmöglichen Geschlossenheit innerhalb ihrer Systeme bemüht und versuchten, z. B. durch ökonomische Anreize bzw. Sanktionen das eigene System gleichzeitig attraktiv und leistungsfähig zu machen. Daneben wurde versucht, in vielfältigen Formen die Entwicklung des gegnerischen Systems zu behindern und das System selbst existentiell zu bedrohen. In dieser Zeit des Kalten Krieges wurden die Kontakte zwischen den Mitgliedern unterschiedlicher Staatensysteme weitgehend auf den Austausch von Drohgebärden und Subversionsversuchen reduziert. Auch die ökonomischen Beziehungen beschränkten sich aufgrund wirtschaftspolitischer Interventionen, vor allem von amerikanischer Seite, auf ein Minimum.

Diese Situation mußte sich ändern mit der allmählichen ökonomischen und politischen Konsolidierung des sozialistischen Lagers, insbesondere aber durch die Herstellung des atomaren Paritäts seitens der Sowjetunion und durch die bedrohliche Entwicklung atomarer „over-kill-Kapazitäten“ in West und Ost. Zur „Vermeidung eines alle ereilenden Untergangs“ (Herman Schmidt) wurde es erforderlich, von der starren Konfrontation zum friedlichen Nebeneinander zu kommen. Zwischen den gegnerischen Systemen in Europa begann ein Prozeß der allmählichen Entspannung, in dessen Verlauf eine schrittweise Ausweitung der Beziehungen zwischen den Kontrahenten erfolgte, ohne daß die prinzipielle, offensive Abgrenzung gegeneinander angetastet wurde. Die Mitglieder beider Systeme mußten erkennen, daß ein Abbau der Spannungen und eine Verständigung zwischen den sich gegenüberstehenden Blöcken zur Sicherung des Friedens unabdingbar war. Gleichzeitig bot diese neue Situation die Möglichkeit, vorhandene gemeinsame Interessen zu verfolgen und beide Seiten berührende Probleme gemeinsam in Angriff zu nehmen.

Kristallisationspunkt des Entspannungsprozesses

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung ist die KSZE nicht als umfassender Neubeginn in den Ost-West-Beziehungen zu werten, sondern als Kristallisationspunkt des bisherigen Entspannungsprozesses und als Signal für die Bereitschaft der teilnehmenden Staaten zur weiteren Entwicklung dieses Prozesses. Daher liegt die außerordentliche Bedeutung der KSZE auch nicht so sehr in ein-

zelnen konkreten Beschlüssen der Schlußakte begründet, sondern primär in der Festschreibung der Absicht zur Fortführung des Entspannungsprozesses seitens der Signatarstaaten. Der „Geist von Helsinki“ läßt sich so kaum quantitativ, etwa durch die Addition der einzelnen Beschlüsse, erfassen. Eine Überprüfung der Folgewirkungen der KSZE muß in erster Linie untersuchen, ob sich die Grundrichtung in den Ost-West-Beziehungen im Sinne einer Sicherung und eines Ausbaus des Entspannungsprozesses entwickelt hat oder ob eher gegenläufige Tendenzen zu beobachten sind.

Der fortschreitende Prozeß des Abbaus der Spannungen zwischen den Staaten in Europa verläuft weder geradlinig noch selbständig. Er bedarf vielmehr der bewußten Gestaltung, damit die weitere Entwicklung dieses Prozesses abgesichert wird und die vorhandenen Störfaktoren beseitigt oder verringert werden. Den ökonomischen Beziehungen kommt im Rahmen der Gesamtheit der Ost-West-Beziehungen und so auch im Rahmen der Entwicklung des Entspannungsprozesses eine herausragende Bedeutung zu, da von ihnen eine prägende und determinierende Wirkung auf alle anderen Lebensbereiche beider Systeme ausgeht. Darüber hinaus bieten die ökonomischen Beziehungen durch die Existenz von partiellen gemeinsamen Interessen, z. B. an einer großräumigen Ausnutzung vorhandener Produktionskapazitäten und an einer beschleunigten Weiterentwicklung und Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, einen sehr guten Ansatzpunkt zur Entwicklung wechselseitiger Beziehungen. Die ökonomischen Beziehungen können als ein Kernbereich des Entspannungsprozesses bezeichnet werden. Für osteuropäische Autoren bilden sie sogar das „Fundament der Entspannung“⁴⁾, oder den Weg „zur Materialisierung der Entspannung“⁵⁾.

Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen

Die Entwicklung der ökonomischen Ost-West-Beziehungen steht in enger Wechselwirkung mit der Entwicklung der politischen Beziehungen. So läßt sich für die Phase des Kalten Krieges eine weitgehende Subsumierung ökonomischer Interessen und Ziele unter eine globale politische Strategie feststellen. Seit Mitte der sechziger Jahre traten die Bemühungen zur offenen politischen Instrumentalisierung der ökonomischen Beziehungen allmählich in den Hintergrund, ohne jedoch völlig zu verschwinden. Der Abbau politischer Spannungen in Europa wirkte sich in der folgenden Zeit außerordentlich positiv auf die Entwicklung ökonomischer Beziehungen aus. Mit der Forcierung des

4) Wladlen Kusnezow: Internationale Entspannungspolitik. Aus sowjetischer Sicht, Wien 1975, S. 46.

5) So z. B. Wolfgang Nicolai: Ausbau der ökonomischen Zusammenarbeit in Europa, in: Deutsche Außenpolitik, 22. Jg., 1977, H. 5, S. 7.

Entspannungsprozesses vor allem etwa seit 1970 wurden auf dem Gebiet des Handels und der Kooperation außerordentliche Zuwachsraten erreicht. Im Außenhandel fand die veränderte Situation in den Ost-West-Beziehungen ihren ersten deutlichen Ausdruck. Ökonomische Interessen und Ziele, die auch schon vor der Zeit der Entspannungspolitik vorhanden waren, konnten nun leichter realisiert oder in Angriff genommen werden. Die ökonomischen Beziehungen traten mehr aus dem Schatten der politischen Beziehungen, ohne allerdings von diesen unabhängig zu werden.

Grenzen der Entwicklung

Die intersystemaren Wirtschaftsbeziehungen in Europa erweisen sich seither immer mehr als relativ stabiler Faktor, von dem eine positive Wirkung auch auf andere Bereiche des Entspannungsprozesses ausgeht. Bei der Beurteilung der Wirkungsmöglichkeiten ökonomischer Beziehungen für den Gesamtprozeß der Entspannung in Europa müssen aber zwei grundlegende Grenzen der Entwicklung intersystemarer Wirtschaftsbeziehungen in Rechnung gestellt werden:

- intersystemare Wirtschaftsbeziehungen setzen nicht den Wettbewerb und die Auseinandersetzungen zwischen den Systemen außer Kraft, und
- sie dürfen nicht so strukturiert sein, daß sie das Selbsterhaltungsinteresse der beteiligten Systeme ernsthaft gefährden.

Die ökonomische Zusammenarbeit zwischen Ost und West kann den grundlegenden Systemantagonismus zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Gesellschaftssystem ebensowenig außer Kraft setzen wie den Antagonismus zwischen dem planwirtschaftlichen System mit vergesellschafteten Produktionsmitteln und dem marktwirtschaftlichen System mit Privateigentum an Produktionsmitteln. Eine andere Erwartung wäre nicht nur naiv, sondern auch illusionär und somit politisch gefährlich.

Für beide Systeme kann davon ausgegangen werden, daß sie ein starkes Interesse an ihrer Erhaltung haben. Dieses Selbsterhaltungsinteresse muß als fundamentales Anliegen dahingehend in Rechnung gestellt werden, daß intersystemare Kooperation immer nur soweit praktikabel sein wird, als dieses Grundanliegen nicht in Frage gestellt wird. Von keiner Seite kann erwartet werden, daß sie Kooperationsformen akzeptiert, die den eigenen politischen und ökonomischen Werthaltungen diametral entgegengesetzt sind und die dazu angetan sind, das eigene Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu gefährden. Jeder Verstoß gegen diese in Ost und West für das eigene System nicht bestrittene Feststellung muß eine ernsthafte Gefähr-

dung der Zusammenarbeit mit sich bringen und kann weitreichende politische Reaktionen herauf beschwören.

Zusätzlich zu diesen beiden Voraussetzungen für die Beurteilung der Wirkungsmöglichkeiten intersystemarer Wirtschaftsbeziehungen ist zu berücksichtigen, daß sich in der Praxis der Ost-West Wirtschaftsbeziehungen neue Konfliktpotential entwickeln können, die den Entspannungsprozeß stören können. Als Beispiel ließe sich der Technologietransfer in die osteuropäischen Länder denken, der möglicherweise zur Entwicklung einseitiger Abhängigkeiten führen kann.

Auf der Basis dieser Voraussetzungen und auf der Grundlage der gängigen theoretischen Ansätze zu analytischen Bewertung der friedenspolitischen Bedeutung intersystemarer Beziehungen⁶⁾ lassen sich Thesen aufstellen zur positiven Wirkung ökonomischer Beziehungen zwischen Ost und West auf den Entspannungsprozeß in Europa. Von einer positiven Bedeutung der ökonomischen Beziehungen für den Entspannungsprozeß kann demnach dann ausgegangen werden, wenn:

- die ökonomischen Beziehungen zwischen West und Ost eine relative Ausgewogenheit hinsichtlich der Vorteile und Verluste aus der Zusammenarbeit zwischen den Partnern aufweisen oder anstreben
- strukturelle, interessenmäßige und normative Gemeinsamkeiten existieren oder sich entwickeln
- wechselseitige Abhängigkeiten und gegenseitiges Vertrauen besteht oder sich herausbildet,
- die Zusammenarbeit institutionell verankert wird,
- die ökonomische Zusammenarbeit durch Kooperationsbeziehungen auf anderen Ebenen ergänzt und unterstützt wird,
- die Autonomie und Identität der beteiligten Systeme gewährleistet ist.

Diese Thesen erscheinen für eine Überprüfung geeignet, ob die intersystemaren Wirtschaftsbeziehungen in Europa in ihrer Entwicklung grundlegend im Einklang stehen mit dem Entspannungsprozeß. Auch in der Diskussion auf der Beigrade Konferenz über die bisherige und künftige Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen lassen sich diese Kriterien zugrunde legen, um zu überprüfen, ob die Entwicklungsrichtung der intersystemaren Wirtschaftsbeziehungen, die in „Korb II der Schlußakte von Helsinki thematisiert sind“⁷⁾

⁶⁾ Vgl. z. B. Gerda Zellentin: Editorische Einleitung, in dies. (Hrsg.): Annäherung, Abgrenzung und Friedlicher Wandel in Europa, Boppard am Rhein 1976, S. 9-43, sowie Johan Galtung: Cooperation in Europe, Oslo 1970.

⁷⁾ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, a. a. O., S. 975-987.

entsprechend der Grundtendenz der Schlußakte entwickelt worden sind. Darüber hinaus können sie als Zielkriterien zum Abstecken des weiteren Entwicklungsweges der intersystemaren Wirtschaftsbeziehungen verwandt werden.

Eine solche Einschätzung der allgemeinen Entwicklungsrichtung der ökonomischen Beziehungen im Rahmen der Entspannungspolitik sollte ergänzt werden durch eine Analyse der bisher erfolgten praktischen Maßnahmen zum Ausbau der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen. Diese einzelnen konkreten Schritte sind auf ihre beabsichtigte und faktische Wirkung hin zu untersuchen. Das Ziel einer solchen Analyse darf nicht darin bestehen, dem gegnerischen System möglichst viele Verstöße gegen die in Korb II formulierten Grundsätze und Absichten nachzuweisen, sondern es gilt sachlich und ohne Demagogie Maßnahmen und Tendenzen zu benennen, die den Entspannungsprozeß gefährden können und so im Interesse beider Seiten beendet werden sollten.

Globale Bewertung

Dabei tut sich für die Diskussion in Belgrad allerdings eine nicht unerhebliche Schwierigkeit auf. Der Zeitraum seit der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki ist viel zu kurz, als daß sich bereits eine eindeutige Bewertung der bisher erfolgten Versuche zur Praktizierung der in Korb II enthaltenen Absichtserklärungen vornehmen ließe. Die Ergebnisse der „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“⁸⁾ liegen zum einen noch gar nicht im vollen Umfang vor, so etwa die Zahlen über die abgeschlossenen Kooperationsprojekte. Zum anderen, und das scheint noch wichtiger zu sein, läßt sich in Anbetracht der Kürze der Zeit keinerlei eindeutige Beziehung zwischen den vorliegenden Daten zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West und der Schlußakte von Helsinki nachweisen. So wäre es methodisch außerordentlich fragwürdig, wollte man z. B. den Anstieg des Gesamtumsatzes im Handel der Sowjetunion mit den westlichen Industriestaaten um 17,8 % im Jahre 1976⁹⁾ als Ausfluß der Schlußakte von Helsinki bewerten. Die Konstatierung und Überprüfung von Folgewirkungen der KSZE muß darum notwendigerweise beschränkt werden auf eine mehr globale Bewertung der Entwicklung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, zumal die inhaltlichen Bestimmungen von Korb II auch eher auf eine Verbesserung der Grundlagen und Rahmenbedingungen für den Ausbau der Beziehungen abzielen.

⁸⁾ So der genaue Titel des Korb II.

⁹⁾ Hermann Clement: Sowjetunion, in: Die Wirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa zur Jahreswende 1976/77, HWWA-Report Nr. 40, hrsgg. v. HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg, 1977, S. 170.



Neuerscheinung

Die Europäischen Gemeinschaften und die Mittelmeerländer

Herausgegeben von Rudolf Regul
Mit Beiträgen von Mahmoud Allaya, Montpellier;
Horst-Rüdiger Boehning, Genf; Jacques Chabert,
Amsterdam; Manfred Müller, Bonn; Rudolf Regul,
Baden-Baden; Norbert Vanhove, Brügge

Die nach dem Zweiten Weltkrieg begonnene, bis in die sechziger Jahre sich vollziehende Ablösung früherer, europäischer Kolonial- und Mandats Herrschaften hat ein schwer zu meistersendes Erbe hinterlassen. Mehrere neue Staaten sind entstanden, mit ihnen aber auch zahlreiche Konfliktsituationen. Die Hegemonie der USA ist schon lange einer Konfrontation mit der UdSSR gewichen. Gesteigertes Selbstbewußtsein der Mittelmeervölker, wirtschaftliche Rückständigkeit und niedriger Lebensstandard wirken vereint, um handelspolitische Zugeständnisse und finanzielle Forderungen an die ehemaligen Mandatsherren zu begründen. Die Europäische Gemeinschaft glänzte lange durch Abwesenheit und hat erst anfangs der siebziger Jahre begonnen, ein Globalkonzept gemeinschaftlichen Verhaltens zu entwickeln. Gleichwohl wäre es verfrüht, eine Übereinstimmung zwischen den Mitgliedstaaten der EG schon als gegeben anzusehen. Das hier angekündigte Buch untersucht die Strukturelemente und die Möglichkeiten einer gemeinschaftlichen Mittelmeerpolitik. Der politische Spielraum ist freilich eng begrenzt, die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge andererseits sind weit gespannt. Sie erstrecken sich nicht nur auf den Warenverkehr, sondern betreffen auch die Wanderungen von Arbeitnehmern, den Tourismus und die Zahlungsströme. Der Themenkreis ist vielgestaltig aber auch verworren, infolgedessen blieb nur der Weg, das Problem Mittelmeer in seine Bestandteile zu zerlegen und die Einzelfragen durch Fachkenner behandeln zu lassen. Das ist im vorliegenden Buche geschehen. Zwei Darstellungen der politischen Strukturen und der wirtschaftlichen Verhältnisse werden durch einen Beitrag über die Handels- und Kooperationsabkommen der EG mit den Anrainerstaaten ergänzt. Zwei umfassende Kapitel behandeln die Anwesenheit mediterraner Arbeitskräfte in den europäischen Industrieländern und die Wanderbewegungen. Eine ausgedehnte quantitative Analyse des Tourismus und der Zahlungsbilanzen beschließen das Werk, das für die laufenden und die künftigen Verhandlungen mit den Mittelmeerländern einen hohen Informationswert besitzt.

1977, 276 S., 15,3 x 22,7 cm, Salesta geb., 76,- DM
ISBN 3-7890-0282-8

Schriftenreihe Europäische Wirtschaft, Band 75

Nomos Verlagsgesellschaft
Postfach 610 · 7570 Baden-Baden



Das darf jedoch nicht heißen, daß die aus der Praxis der intersystemaren Wirtschaftsbeziehungen bereits erkennbar gewordenen Probleme in Belgrad nicht zur Sprache gebracht werden sollten. Ganz im Gegenteil, praktische Schwierigkeiten, die den Entspannungsprozeß zwischen West und Ost faktisch oder potentiell gefährden, sollten auf keinen Fall, etwa aus Sorge um das Gelingen der Belgrader Konferenz, verdrängt werden. Eine Reihe von Problemen der wirtschaftlichen Beziehungen kann nur dann erfolgreich in Angriff genommen werden, wenn beide Seiten die Problemlage kennen und sich gemeinsam bemühen, zu einer Lösung zu gelangen. Hierzu gehören z. B.:

- die Komplementarität des Ost-West-Handels und der Kooperationsgeschäfte, von der eine Tendenz zur langfristigen Fixierung des strukturellen Ungleichgewichts zwischen West und Ost ausgeht¹⁰⁾;
- die unausgeglichene Handelsbilanz zwischen den westlichen Industriestaaten und den RGW-Ländern, die in die gleiche Richtung wirkt¹¹⁾;
- im Zusammenhang damit das Problem der steigenden Verschuldung Osteuropas¹²⁾ und des besonders von der Sowjetunion angestrebten verstärkten Ausbaus der Kompensationsgeschäfte, die auf wachsende Skepsis im Westen stoßen¹³⁾;
- die völlig unzulängliche Publizierung von ökonomischen Daten, z. B. der Außenhandels- und Zahlungsbilanz, die sich hemmend auf den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen auswirkt;
- die Stagnation in der Entwicklung der Beziehungen zwischen RGW und EG¹⁴⁾, die sich negativ auf die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen auswirkt, z. B. auf dem Energiesektor¹⁵⁾.

Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung

Diese Problemfelder müssen zum Diskussionsgegenstand der Belgrader Konferenz werden, um einer Zuspitzung und Ausweitung der real existierenden Probleme entgegenzuwirken. Auch wenn mit einiger Wahrscheinlichkeit keines dieser kontroversen Themen einer Lösung zugeführt werden

wird, so ist es doch erforderlich, in die Diskussion darüber einzutreten bzw. diese fortzuführen. Daneben sollten Wege zur praktischen Fortführung und zum Ausbau der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen gesucht werden. Hier lassen sich bereits zwei denkbare Möglichkeiten benennen, die geeignet sein sollten, sowohl eine positive Wirkung für den Entspannungsprozeß zu haben, als auch erfolgreich realisiert zu werden:

- eine multilaterale Institutionalisierung der Entspannungspolitik im wirtschaftlichen Bereich und
- die Einrichtung von Sonderkommissionen für einzelne Teilbereiche des Korb II.

Die weitere institutionelle Stabilisierung des Entspannungsprozesses ist angesichts der Tatsache besonders vordringlich, daß der Entspannungsprozeß auf seinem heutigen Entwicklungsniveau noch nicht als unumkehrbar betrachtet werden kann. Einen vielversprechenden Ansatz zum institutionellen Ausbau der Entspannungspolitik bieten z. B. die ECE und die UNESCO. Insbesondere die ECE kann für die Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West eine hervorragende Rolle übernehmen¹⁶⁾. Über die konkrete Ausgestaltung dieser Rolle kann und sollte in Zukunft verstärkt diskutiert werden. Eine zweite Möglichkeit zur Entwicklung der intersystemaren Wirtschaftsbeziehungen ergibt sich aus der Erkenntnis, daß die Lösung einiger Teilprobleme leichter vollzogen werden kann als die Lösung der grundlegenden Probleme des Korb II. Aus diesem Grund sollten die zunächst von der Sowjetunion vorgelegten, dann vom Westen in modifizierter Form aufgegriffenen Vorschläge zur Einrichtung von Sonderkonferenzen für die Bereiche Umweltschutz, Transport und Verkehr sowie für den Energiesektor ernsthaft erwogen werden¹⁷⁾.

Diese beiden Vorschläge bilden Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung des Entspannungsprozesses auf der Ebene der ökonomischen Beziehungen. Auf der Belgrader Konferenz sollte darüber hinaus nach weiteren Möglichkeiten gesucht werden. Dabei ist zu erwarten, daß vom ökonomischer Bereich noch am ehesten positive Anstöße zur Stabilisierung der Entspannungspolitik ausgehen werden, da die Stagnation auf der Ebene der Sicherheitspolitik kaum kurzfristig zu überwinden sein wird und die Probleme des Korb III (transsystemare Kontakte und Kommunikation) durch die Kampagnen der wechselseitigen Beschuldigung der Menschenrechtsverletzungen eher auf eine Gefährdung des Entspannungsprozesses hinführen.

¹⁰⁾ Vgl. dazu Friedemann Müller: Sicherheitspolitische Aspekte der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Ebenhausen bei München 1977.

¹¹⁾ Vgl. dazu Jan Stankovský: Folgewirkungen der KSZE für den Ost-West-Handel und industrielle Kooperation, in: Grünbuch zu den Folgewirkungen der KSZE, hrsgg. v. Jost Delbrück, Norbert Ropers, Gerda Zellentini, Köln 1977 (erscheint im Juli).

¹²⁾ Vgl. dazu Hermann Clement: Ansätze zur Feststellung der Verschuldung Osteuropas, HWWA-Report Nr. 41, hrsgg. v. HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg, Hamburg 1977.

¹³⁾ Vgl. dazu Klaus Bolz: Compensation-Formula with Boomerang Effect, in: INTERECONOMICS, 12. Jg. (1977), Nr. 5/6, S. 113 f.

¹⁴⁾ Vgl. dazu Max Baumer, Hanns-Dieter Jacobsen: Die Entwicklung der Beziehungen zwischen EG und RGW. Vor der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad, Ebenhausen bei München 1977.

¹⁵⁾ Vgl. dazu Arno Burzig: Ost-West-Kooperation im Energiesektor als ein Beispiel der Problematik von Korb II, in: Grünbuch zu den Folgewirkungen der KSZE, a. a. O.

¹⁶⁾ Vgl. dazu Ilka Bailey-Wiebecke, Evgeny Chossudovsky: Folgewirkungen der KSZE im multilateralen Bereich. Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE), in: Grünbuch zu den Folgewirkungen der KSZE, a. a. O.

¹⁷⁾ Zu dieser Diskussion vgl. Frankfurter Rundschau vom 15. 4. 1977